

Seminar

"Literatur und Gesellschaft in der BRD 1969/73"

vom 14.-17.Dezember 1973

veranstaltet vom Deutsch-Französischen Institut in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst

Hans Gerd Nutzinger:

"NEUE FORMEN SOZIALER KONFLIKTE IN DER BUNDESREPUBLIK"

Für die Anmerkungen, die ich Ihnen heute morgen geben kann, haben Herr Picht und ich bewusst das Thema "Neue Formen sozialer Konflikte in der Bundesrepublik" gewählt, und zwar deswegen, weil in der Tat in der gegenwärtigen Situation nicht das Konfliktpotential das wirklich Neue ist, sondern die Konfliktmanifestationen, die Formen der Konfliktaustragung in unserer Gesellschaft. Die zentrale These, die ich vertreten würde ist die, daß im wesentlichen all jene Faktoren, die den Wirtschaftsaufschwung in der Bundesrepublik nach dem 2.Weltkrieg bestimmt haben, sich heute in einer neuen veränderten gesellschaftlich-politischen Situation umgekehrt haben, und wir aus der Phase des potentiellen Konflikts hinausgetreten sind in die Phase des manifesten Konflikts. Die wesentlichen Ursachen für das Konfliktpotential möchte ich nur ganz kurz mit ein paar Schlagworten anreißen. Wir können dann gerne versuchen, in die Details zu gehen.

Ein wesentliches Kennzeichen des Aufschwungs nach dem 2.Weltkrieg war, das muss man offen sagen, die Restaurierung der alten Produktions- und Eigentumsverhältnisse. Was sich nach dem 2.Weltkrieg in der Bundesrepublik abgespielt hat, war in der Tat das, was man anschaulich einen kapitalistischen Wiederaufbau im Zeitraffertempo nennen könnte. Mit allen Eigenschaften, die ein derartiger Aufbau hat. Das wahrscheinlich entscheidende Datum, an dem man die Entscheidung für den kapitalistischen Wiederaufbau fixieren kann, ist die Währungsreform 1948, die nicht so sehr die Entscheidung darüber war, dass man wieder eine stabile Währung hatte, sondern im wesentlichen eine Entscheidung darüber, wer die Folgen, die Lasten des Krieges zu tragen hatte. Konkret bedeutete die Währungsreform die Enteignung der kleinen Geldvermögensbesitzer zugunsten der Besitzer von Sachvermögen, d.h. also in erster Linie zugunsten der Besitzer von Produktionsmitteln, von Sachwerten. Und es gehört genau zur Ideologie der Nachkriegsgesellschaft, daß diese tatsächliche Restaurierung der Eigentumsverhältnisse der Zeit vor dem

2. Weltkrieg sich anschaulich kaschierte in der Vorstellung der 40 Mark, die jeder am 21. Juni 1948 bekommen hat. Die Vergabe von Geldscheinen war ein sehr oberflächlicher Vorgang, was wirklich stattgefunden hat, war in der Tat die Wiederherstellung der alten Eigentumsverhältnisse. Und damit war im Grunde die Entscheidung für den Wiederaufbau, in der Form, wie wir ihn erlebt haben, getroffen.

Der wesentliche Faktor, der den kapitalistischen Wiederaufbau bestimmt hat, war in den 50er Jahren eine offene Entscheidung des Staates zu Gunsten der Akkumulation in privater Hand. Eine Vielzahl von Maßnahmen der Investitionsförderung führte zu privater Vermögensakkumulation, zu Vermögenskonzentration und auch schon bald zu einer Konzentration von Marktmacht, die ein **wesentliches** Funktionselement unserer Gesellschaft, nämlich den Wettbewerb, beeinträchtigte. In diesem Punkte sind sich marxistisch orientierte Ökonomen wie z.B. Jörg Huffschmid (1) mit Ökonomen traditioneller Richtung wie etwa Hellmut Arndt (2) oder Hans Otto Lenel (3) durchaus einig. Die sozialen Konsequenzen dieser Entscheidung zeigten sich mit einer gewissen Verzögerung. Der kapitalistische Wiederaufbau befriedigte besser, als es etwa der Aufbau in der DDR tun konnte, die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung. Er war sehr erfolgreich im Hinblick darauf, dass die Versorgung mit Konsumgütern rasch wiederhergestellt war. Die sozialen Konsequenzen dagegen - etwa Vermögenskonzentration oder die Konzentration auf den Märkten - brauchten dagegen eine gewisse Zeit, um sich erstens sachlich zu entfalten und zweitens ins Bewusstsein der Bevölkerung zu dringen.

Die Mentalität der 50er und der frühen 60er Jahre war bestimmt durch eine einseitige Orientierung am Wachstum des privaten Konsums und, das muss man dazu sagen, der privaten Investitionen. Es ist eine ganz interessante Tatsache, dass im Verhältnis zur DDR bis in die jüngsten Jahre hinein, die Bundesrepublik eine höhere Investitionsquote hatte als die DDR. In den Anfangsjahren war sie in der Bundesrepublik mit etwa 25 % doppelt so hoch wie die der DDR, ganz im Widerspruch zu den traditionellen Vorstellungen, daß es die sozialistischen Länder sind, die einen hohen Anteil des Sozialprodukts in Form von Investitionen tätigen. Ein wesentlicher Unterschied besteht natürlich darin, daß diese Investitionen wesentlich von privater Seite getroffen wurden. Das Rezept war eigentlich denkbar einfach, man begünstigte in der Situation des Nachkriegsdeutschlands diejenigen, die etwas Vermögen hatten, half ihnen, ihr Vermögen zu akkumulieren und beschränkte die große Masse der Bevölkerung auf die Befriedigung von Konsumwünschen.

Die Orientierung an den Gesetzmäßigkeiten der Marktverwertung, so erfolgreich sie im Bereich der Versorgung mit Konsumgütern und im Bereich des realen Wachstums war, mußte natürlich zu einer Unterversorgung derjenigen Bereiche führen, deren Marktverwertung nicht oder nur in geringem Maße gegeben war, deren Bereitstellung aber für gesellschaftliche Wohlfahrt in zunehmendem Maße notwendig ist. Ich will nur einige Beispiele nennen: die Versorgung mit Bildungseinrichtungen, wichtige Bereiche der Infrastruktur, der regionalen Strukturpolitik, die ganze Frage der Umweltbelastung. All diese Dinge wurden, da sie eben nicht kurzfristig profitabel waren, in hohem Maße vernachlässigt. Es wurde auch vernachlässigt,

was in anderen westlichen Ländern durchaus gängig war, die Einrichtung von Institutionen gesellschaftlicher Planung und Steuerung. Sie wissen ja, dass es praktisch bis zum Ende der Erhard-Ära eine Art von Kapitalverbrechen war, das Wort Planung auch nur zu verwenden. Als ein Indiz dafür möchte ich anführen, daß es bis 1966 den Statistischen Ämtern verboten war, auch nur Zahlen über die interindustriellen Verflechtungen zu sammeln oder, soweit sie diese Zahlen doch hatten, durften sie sie nicht veröffentlichen, weil man das als, etwas grob gesprochen, Sünde wider den Geist der Marktwirtschaft verstand, Was auch zum ideologischen Klima dieser Zeit gehört und worunter wir auch heute noch zu leiden haben, ist die Unterdrückung von Daten etwa über die Vermögenskonzentration, die sich im Zuge dieses Prozesses gebildet hat. Erst in den letzten Jahren haben wir einige, aber auch nur sehr ungenaue, Zahlen über das Ausmass der Vermögenskonzentration.

Auf der politischen Ebene entsprach dieser Phase der kapitalistischen Rekonstruktion im Zeitraffertempo das, was man als "CDU-Staat" bezeichnet hat, mit einer streng antikommunistischen Ideologie, die Reformversuche sehr schnell mit dem Vorwurf des Kommunismus belegen konnte. Im Bereich der Politik war es die ungeklärte Stellung Deutschlands, die auf der einen Seite das Postulat der Wiedervereinigung beibehielt und auf der anderen Seite eine Integration in den Westen betrieb. Auf der ideologischen Ebene war es das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, das nicht so sehr darin bestand, dass man wirklich in erheblichem Maße die Marktwirtschaft mit sozialen Elementen angereichert hätte, sondern es bestand wesentlich mehr darin, dass man das, was sich tatsächlich vollzog, mit dem Attribut sozial belegte. Erst eigentlich seit den 60er Jahren wird in dem Terminus "soziale Marktwirtschaft" ein Anspruch verstanden, ein Anspruch auf Ausbau von Maßnahmen der kollektiven Sicherung und Maßnahmen sozialer Reformen. Eine wichtige weitere Erscheinung, die wahrscheinlich bis heute noch festzustellen ist, ist die Identifizierung eines großen Teils der Bevölkerung mit dem sogenannten Wirtschaftswunder als eine Art von Ersatz-Identifikation, als eine Art Ersatz-Nationalismus. Und daraus erklärt sich meiner Meinung nach eine gefährliche Instabilität der politischen Verhältnisse, weil wirtschaftliches Wachstum und Wirtschaftswunder etwas ist, was sich sehr schnell verändern kann, was keineswegs auch nur unter der Kontrolle der einheimischen Wirtschaft liegt.

Welche Faktoren haben nun das Konfliktpotential, das ich hier summarisch angedeutet habe, manifest gemacht? Da stellt sich etwas ganz Interessantes heraus. Es waren dies weniger die direkten ökonomischen Bewegungen, sondern deren Artikulationen, die Überartikulationen marginaler ökonomischer Veränderung im Bereich der Politik und im Bereich des geistigen Lebens insbesondere der Literatur. Man kann sehen, daß ganz geringen ökonomischen Veränderungen eine sehr starke Artikulation im Bereich der Literatur entspricht.

Auf der politischen Ebene war es vor allen Dingen die Veränderung der weltpolitischen Situation seit etwa 1960, mit dem Beginn der Entspannungspolitik und mit der veränderten Rolle Deutschlands in Mitteleuropa, die sukzessive zur Aufgabe des ohnehin illusorischen Wiedervereinigungsgedankens führte. Und damit zusammenhängend ergaben sich zunehmende Krisen des politischen Systems mit erheblichen Rückwirkungen im geistigen Leben; die wichtigste Erscheinung war wohl die sogenannte Spiegel-Krise des Jahres 1962, die

zum ersten Mal einen deutlichen Gegensatz zwischen dem politischen System und den Intellektuellen schuf. Es kommen dazu dann die Korruptionsaffären der späten CDU-Zeit.

Das zweite entscheidende Datum lässt sich sehr leicht lokalisieren: es war die Wirtschaftskrise 1966/67. Wenn Sie schauen, was ökonomisch passiert ist, war es herzlich wenig. Die Arbeitslosenzahl stieg von 1 % auf 2,1 %, eine Zahl, die im Vergleich mit anderen Nationen noch als Überbeschäftigung gelten kann, die aber in Deutschland einen ganz erheblichen Schock hinterliess. Auch entsprach diese Krise keinem traditionellen Bild, es kam praktisch nur zu einer Stagnation der Wirtschaft, aber keineswegs zu einem merklichen Einbruch in der ökonomischen Aktivität. Eine Folge allerdings ergab sich aus den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation. Die Krise 1966/67 konnte nur deswegen so schnell überwunden werden, weil sich in jenem Zeitraum die deutsche Wirtschaft ganz erheblich am Export orientierte. Was an inländischer Konsum- und Investitionsnachfrage ausfiel, wurde weitestgehend ersetzt durch Exportorientierung. Und diese Exportorientierung wurde in den folgenden Jahren beibehalten und sie bedingt die hohe ausenwirtschaftliche Verflechtung und die hohe Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von internationalen Veränderungen.

Auf der politischen Ebene führte, wie Sie wissen, die Wirtschaftskrise zur Ablösung der CDU-Alleinherrschaft durch die große Koalition. Sie führte also erstmals dazu, daß die SPD, die große Oppositionspartei, regierungsfähig wurde. Auch im Bereich des intellektuellen Lebens, das hat Herr Heissenbüttel schon beschrieben, führte dies zu einer Aufspaltung der intellektuellen Bewegung, in den Teil, der sich weiterhin an der SPD orientierte und den Teil, der darüberhinaus ging. Für die Intellektuellen war natürlich das ganz Entscheidende in jener Situation das Fehlen einer politischen Alternative. Die Hoffnungen, die man bisher in die SPD als eine reale Alternative gesetzt hatte, gingen verloren und in den Augen vielen Intellektueller erschien ja damals gerade die SPD als der Vollstrecker einer zunehmenden Faschisierung des politischen Systems, wie es sich in Einrichtungen wie "Globalsteuerung", "konzertierte Aktion" und "mittelfristige Finanzplanung" und, ich glaube wohl am entscheidendsten, in der parlamentarischen Verabschiedung der Notstandsgesetze zeigte. Soweit ich mich an jene Zeit erinnere, war gerade dieses letzte Datum und nicht etwa reale Widersprüche im Produktionsbereich das entscheidende Faktum, aus dem sich die studentische und intellektuelle Protestbewegung her rekrutierte.

Zugleich wurde in jenem Zeitraum die zunehmende Bedeutung der öffentlichen Güter erkannt. Seit etwa 1964 wurde die Bildungskatastrophe in den Bereich des öffentlichen Bewusstseins gehoben und seit jener Zeit auch erwies sich die Labilität der traditionellen Universitätsstruktur angesichts wesentlich steigender Studentenzahl. Gleichzeitig wurden eben jene Fehler der 50er Jahre - die einseitige Orientierung am privatwirtschaftlichen Profit - erkennbar, und zwar dadurch, daß wichtige Bereiche der Infrastruktur unterversorgt waren, dass sich die Folgen der Umweltbelastung zeigten und auch dadurch, daß die traditionelle Energiepolitik an ihre Grenzen kam. Es ergab sich damit im politischen Leben eine abnehmende Integrationskraft des politischen Systems und eine Entfremdung eines großen Teils der Intelligenz. Man kann also zusammenfassend sagen, daß die Wiederaufbauphase etwa

mit dem Jahre 1966/67 als abgeschlossen gelten kann. Ihre materielle Grundlage war das Erreichen eines gewissen Mindestniveaus der Konsumgüterversorgung, die es erlaubte, weitergehende Ziele zu verfolgen; die es etwa der Gewerkschaft zur Pflicht machte, über den Bereich der Lohnpolitik hinauszugehen und etwa die Arbeitswelt in ihre Überlegungen mit einzubeziehen. Verstärkt wurde diese ökonomische Veränderung, die in Zahlen gerechnet an und für sich gar nicht so gross war, durch das Zusammenfallen des Zeitraums 66/67 mit dem in Erscheinungtreten der ersten Nachkriegsgeneration, die nicht mehr geprägt war von dem Wiederaufbaudeckungen der 50er Jahre. Damit wollte ich meinen *tour d'horizon* über die Entwicklung in den 50er und 60er Jahren abschliessen und zu einigen Fakten der gegenwärtigen Situation kommen, die sich meiner Meinung nach nur auf diesem Hintergrund erklären lassen.

Die Identifikation eines Großteils der Deutschen mit dem Wirtschaftswunder, mit wirtschaftlichen Produktionsziffern, mußte einen erheblichen Schlag erleiden in dem Maße, als diese wirtschaftlichen Ziffern im Zeitlauf abnahmen. Wenn wir etwa die Wachstumsphasen 1950 bis 1959 vergleichen, so haben wir ein durchschnittliches Wachstum von ungefähr 8 % real des Bruttosozialprodukts mit einer Spitze von 12,8 % im Jahre 1950 und einem Minimum von 3,3 % im Jahre 1957. Die nächste Dekade 1960 bis 1969 bringt nur noch ein durchschnittliches Wachstum von etwa 4,5 % mit einem Maximum von 8,8 % 1960 und einem Minimum von -0,3 % im Jahre 1967, im Jahre der Wirtschaftskrise.

Für die Jahre ab 1970 ergibt sich nun eine entscheidende Veränderung. Die Wachstumsraten gehen nicht weiter zurück, sie bleiben etwa in dieser Höhe, aber gleichzeitig setzt eine Erscheinung aus, die man bis dahin immer hatte, nämlich die Erscheinung, daß Preisauftriebstendenzen durch konjunkturelle Abschwünge wieder gebremst werden. Aus Inflationsraten von 2 bis 3 % kam man nun in einen Bereich von 4, 5, 6, 7, und gegenwärtig nahezu 8 %. Und gerade diese Inflationsraten, so würde ich sagen, sind ein ganz wesentlicher Grund für die gegenwärtigen sozialen Konflikte. Sie sind eine wesentliche Ursache dafür, daß die Gewerkschaften ihre traditionell zurückhaltende Lohnpolitik nicht mehr fortführen können. Ein wesentlicher Inflationsfaktor der Jahre bis 1970 war die sogenannte importierte Inflation. Damit ist die Tatsache gemeint, daß in dem System fester Wechselkurse die DM unterbewertet war, d.h. daß im Verhältnis zu den wichtigsten anderen Industrieländern die deutschen Exportprodukte zu billig angeboten wurden. Der Preisauftriebsfaktor dieser Unterbewertung erklärt sich daraus, daß die Konkurrenz des Auslandes relativ schwach ist; es werden zu wenig Güter importiert, d.h. zu wenig ausländische Güter konkurrieren auf dem inländischen Markt und es werden zu viel inländische Güter abgezogen für den ausländischen Markt. Das ist auf eine einfache Formel gebracht das Phänomen der importierten Inflation. Dieses Phänomen beruhte, wie ich schon gesagt habe, wesentlich auf dem System fixierter Wechselkurse, wie es 1944 auf der Währungskonferenz von Bretton Woods beschlossen worden war. Dieses traditionelle System erwies sich angesichts unterschiedlicher Preisveränderungsraten in den wichtigsten Industrieländern als nicht mehr funktionsfähig. Es gab immer häufigere und immer schnellere Veränderungen in den Paritäten, und zwar abrupte Veränderungen, da eine gleitende Veränderung etwa über Marktgesetzmäßigkeiten ja gerade durch dieses System ausgeschlossen war. Auch hier

zeigt sich, glaube ich, wieder eine ganz wichtige Verknüpfung ökonomischer und politischer Daten. Die führende Stellung, die etwa der Dollar im System des Welthandels bis 1965 hatte, wurde wesentlich geschwächt durch die Inflationierung der amerikanischen Währung im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg.

Nun bedeute die Exportüberorientierung der deutschen Wirtschaft in verschiedener Hinsicht eine ernstliche Gefahr. Unter dem Gesichtspunkt der, wir nennen es in der Ökonomie der welfar Economics, d.h. des optimalen Einsatzes der Ressourcen führt sie dazu, dass wichtige Bereiche der deutschen Volkswirtschaft in Verwendungsrichtungen arbeiteten, die garnicht die höchsten Erträge erbrachten, sondern die nur deswegen so hohe Erträge erbrachten, weil die deutsche Währung im Verhältnis zu den anderen Währungen eben unterbewertet war, d.h. man hat Dinge produziert, obwohl welfartheoretisch gesehen da garnicht die günstigste Verwendungsrichtung war; diese ergab sich vielmehr durch ein institutionelles Faktum, eben die Festsetzung der Wechselkurse. Nun haben wir ja seit Anfang dieses Jahres das sogenannte Blockfloating, d.h. einige westeuropäische Länder haben sich zu einem Verbund zusammengeschlossen und lassen ihre Währungen im Verhältnis zueinander fest und und im Verhältnis zu anderen Ländern, insbesondere zur USA, wird jetzt der Kurs dieser Währungsgemeinschaft durch den Markt bestimmt. Und das hatte tatsächlich einen Dämpfungseffekt, aber einen Dämpfungseffekt, der wesentlich geringer war als man angenommen hatte, und zwar einerseits, weil in den meisten anderen Industrieländern die Inflationsrate noch höher war, insbesondere für diejenigen Güter höher war, die Deutschland vorzugsweise exportierte. Außerdem haben wir seit etwa einem Monat die Tatsache, daß der Wert des Dollars wieder zu steigen beginnt, was einen zusätzlichen Exportboom mit sich bringt.

Was vielleicht noch wichtiger ist als diese zu starke Exportorientierung der deutschen Wirtschaft als Aggregat betrachtet, ist die Struktur des Außenhandels. Berechnungen der OECD haben ergeben, daß die deutsche Wirtschaft eine Struktur hat wie sie Amerika vor etwa 10 Jahren hatte. D.h. eine Struktur, die noch durch die traditionellen Bereiche bestimmt ist, insbesondere durch Maschinenbau und Schwerindustrie und insbesondere Kraftfahrzeuge. Und auch die Struktur des deutschen Exports beruht wesentlich darauf. Nun zeigt sich aber, dass jede entwickelte Industrienation eine Verlagerung durchmacht vom Bereich dieser Industrien in den Bereich der Leichtindustrie und vor allem in den Bereich der Dienstleistungen, des sogenannten tertiären Sektors. Und da zeigt sich bei der Bundesrepublik, daß der tertiäre Sektor, sowohl was seinen Anteil am Bruttosozialprodukt als auch insbesondere was seinen Anteil am Export betrifft, unterentwickelt ist. Und wir wissen, daß aus verschiedenen Gründen die künftigen Wachstumschancen einer Volkswirtschaft wesentlich davon abhängen, wie sich dieser tertiäre Sektor entwickelt. Und es ist nicht nur so, daß der Bestand, also der statische Anteil des tertiären Sektors, bei uns noch relativ gering ist, sondern daß auch in den letzten Jahren die Wachstumsrate relativ gering ist. Es gibt in dem Artikel im 'Economist' (4), den Herr von Beyme schon erwähnt hat, eine anschauliche Statistik, die zeigt, daß Deutschland in dieser Beziehung ein ganz atypisches Profil hat. Sowohl der Anteil als auch die Zuwachsraten des tertiären Sektors sind unterproportional niedrig.

Eine weitere Konsequenz dieser Struktur des Aussenhandels ist eine hohe Abhängigkeit der deutschen Binnenkonjunktur von der Auslandskonjunktur. Maschinenbau und Kraftfahrzeuge sind typischerweise Produkte, die auf einen Konjunkturumschwung sehr rasch reagieren, d.h. in einer Rezession wird die Nachfrage nach diesen Gütern sehr rasch fallen, während die Nachfrage nach Dienstleistungen sehr viel weniger konjunkturabhängig ist. Es hat zur Konsequenz, daß die deutsche Wirtschaft sehr stark von der internationalen Wirtschaft abhängt, d.h. die Binnenkonjunkturpolitik wird zunehmend unwirksamer. Diese Tatsache erweist sich natürlich schon darin, daß der traditionelle Abstand, den die deutsche Inflationsrate gegenüber den Inflationsraten vergleichbarer Industrieländer hatte, geschrumpft ist, und daß Deutschland heute auf dem üblichen Niveau liegt.

Was hat das nun mit sozialen Konflikten zu tun? Meine Behauptung ist, daß gerade dieses Inflationsphänomen, dessen Komponenten ich eben angedeutet habe, zu einer Umorientierung im Verhalten der Sozialpartner führte. Die Inflation hatte für die Arbeiter die Konsequenz, daß nicht nur ein großer Teil des Lohnzuwachses in Preiserhöhungen draufgingen, sondern sie hatte außerdem die Konsequenz, daß die sogenannte Grenzbelastung der Einkommenszuwächse zunahm. D.h. von jeder zusätzlich verdienten Mark gingen immer mehr in einerseits inflationsbedingte Mehrausgaben, andererseits aber in Sozialabgaben und Steuern. Wie Sie wissen, knüpft ja die Besteuerung in der Bundesrepublik wie in den meisten anderen Ländern an die Nominalwerte an.

Und dadurch, daß die Geldentwertungsratesich beschleunigt hat, gab es eine heimliche Steuererhöhung, mit einer ganz bedeutenden Verschiebung im Steuergefüge. Die Steuer mit der höchsten Zuwachsratesich ist gegenwärtig die Lohnsteuer.

Nun, was heisst das für die Arbeiter in den Betrieben? Das heisst für die Arbeiter in den Betrieben, daß der Kontakt zwischen Entlohnung und Endleistung, also das traditionelle incentive-Motiv unserer Wirtschaft wesentlich gestört war, und insbesondere gerade im Bereich der mittleren Einkommen. Der Effekt, daß von jeder zusätzlich verdienten Mark etwa 50 % in Steuern und Sozialabgaben gehen, wurde für diesen Bereich noch verschärft durch die Tatsache, daß wir gerade im mittleren Bereich einen großen Anteil von sogenannten Freigrenzen haben, z.E. Grenzen für die Bereitstellung von Wohngeld und anderen Unterstützungen. Es konnte daher jemandem passieren, daß er durch eine marginale Einkommenserhöhung über eine Freigrenze hinaus kam und dann Anspruch auf gewisse Sozialleistungen verloren hat, daß er sogar Netto weniger als zuvor hatte. Und das ist, glaube ich, ein ganz wesentliches Phänomen, das zur sozialen Unzufriedenheit der Arbeiter führte.

Nun ist es natürlich in der deutschen Diskussion eine traditionelle Frage gewesen, wer ist an Preiserhöhungen schuld? Die traditionelle Antwort, die man immer gegeben hat war, daß es die Gewerkschaften waren. Nun ist die Frage, wer an Lohnerhöhungen schuld ist, für den Ökonomen überhaupt keine relevante Frage, denn es handelt sich hier um Funktionszusammenhänge und nicht etwa um die Frage einer moralischen Verantwortung. Die Gewerkschaften verhalten sich natürlich ganz entsprechend der ökonomischen Theorie, wenn sie versuchen, ihre Marktchancen auszunützen. Und man muß im Gegensatz zu dem, was Herr von Beyme gestern gesagt hat, feststellen, daß die Gewerkschaften in den letzten Jahren erfolgreich waren. Die

Statistik zeigt, daß nicht nur die tatsächliche Lohnquote seit 1960 ständig zugenommen hat, von 60,6 % auf gegenwärtig 69,8 %, sondern auch die rechnerische Lohnquote, wenn auch wesentlich geringer. Die rechnerische Lohnquote, das ist jene Grösse, die uns angibt, um wieviel der Anteil der Arbeiter zugenommen hat unter Berücksichtigung der Tatsache, daß gleichzeitig der Anteil der Arbeiter an den Gesamtbeschäftigten zugenommen hat; also der Effekt, daß heute ein grösserer Anteil der Beschäftigten Arbeiter, Angestellte und Beamte sind, dieser Effekt ist in dieser zweiten Grösse schon inbegriffen. Man sieht für die Jahre 1960 bis 1969 eine relative Konstanz dieser rechnerischen Lohnquote und man sieht für die Jahre 1968 bis 1973 eine, wenn auch relativ schwache Steigerung. D.h. also, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften in diesen Jahren in der Tat erfolgreich war. Man kann das auch darin sehen, daß der Anteil der Löhne an den Umsätzen, das Verhältnis von Lohnsumme zu Umsätzen in der deutschen Industrie zugenommen hat. Das ist ein guter Indikator dafür, dass es nicht gelungen ist, die Mehrkosten voll in den Preis zu überwälzen, denn dann hätten diese Relationen konstant sein müssen. Daß aber gleichwohl diese erfolgreiche Politik eben nicht dazu führte, dass die traditionelle Friedlichkeit an der Tariffrent herrschte, beruht wesentlich auf dem von mir genannten Effekt der Inflation, daß eine von den Gewerkschaften erkämpfte Lohnerhöhung eben durch Steuern, durch Sozialabgaben, durch Preiserhöhung und durch den Effekt der Freigrenzen weitgehend aufgezehrt wurde in manchen Fällen sogar zu mehr als 100 %.

Daraus ergab sich, das ist mein letzter Punkt, die Notwendigkeit zu einer Neuorientierung der Gewerkschaftspolitik. Ich habe Ihnen gestern einen Ausschnitt aus dem Sachverständigenrat verteilt (5), der die wichtigsten Daten zeigt. Für das Jahr 1973 können Sie einen ganz typischen Umschwung in der Lohnpolitik feststellen. Wenn Sie die Tabelle auf der Seite 46 ff nehmen, stellen Sie fest, daß noch im Oktober 1972 in der konzertierten Aktion eine Übereinstimmung darüber geherrscht hat, daß sich die "Wirtschaft der Anfangsphase eines verhaltenen Konjunkturauftriebs befindet", und daß die "Bekämpfung des Preisauftriebs" gegenwärtig die "Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik" bilde. Daß diese Übereinstimmung wirklich herrschte, zeigt sich in den ersten Tarifabschlüssen des Jahres 1973.

Vergleichen Sie die Zahlen, die auf Seite 46 angegeben sind (6). Das erste Datum, was da angegeben ist, ist der Oktober 1972. Die konzertierte Aktion nennt als Ziel der Wirtschaftspolitik das traditionelle Ziel des Preisauftriebs. Und die Gewerkschaften haben das, wie man auch sieht, ernst genommen. In den Monaten Januar bis Mai werden Sie Lohnerhöhungen unter 10 % feststellen, es sind 9,5 %, 8,5 %, ja im öffentlichen Dienst waren es gar nur 6 %. Und das waren die Zahlen, die den Empfehlungen des Sachverständigenrates entsprachen. Der Sachverständigenrat, ein Gremium von 5 unabhängigen Ökonomen, hat das Konzept der sogenannten kostenniveauneutralen Lohnpolitik entwickelt, d.h. die Zahlen des Sachverständigenrates sagen, wie hoch Lohnerhöhungen sein dürfen, wenn die Verteilung sich nicht ändern soll. Eine Lohnerhöhung kann zwei Folgen haben, einmal kann es eine Erhöhung der Preise zur Folge haben, zum anderen eine Erhöhung der Lohnquote. Wenn die Unternehmer nicht bereit sind, diese Verschlechterung ihrer Verteilungsposition zu akzeptieren, werden sie versuchen, das über Preisüberwälzungen zu

machen. In der Tat haben wir beides gehabt, wir haben sowohl eine Erhöhung der Lohnquote gehabt wie auch eine Erhöhung der Preise. Und nun 1973 gab es eine relativ große Übereinstimmung darüber, daß man von dieser Phase wegkommen müsse. Als sich aber dann zeigte, im Mai dieses Jahres, daß diese Vorleistung der Gewerkschaft keineswegs zu einer Beruhigung der Preissituation geführt hat, sondern daß aus Gründen, die vor allen Dingen in der Aussenwirtschaft zu suchen sind, der Preisauftrieb sich sogar noch beschleunigt hat, da gab es die Kehrtwende in der Lohnpolitik mit Abschlüssen über 10 %, die sich nun fortsetzen für das Jahr 1974 in Lohnforderungen von 15 bis 20 %. Es ist ganz klar, daß diese Lohnforderungen, wenn sie durchgesetzt werden können, zu einem weiteren Anstieg der Preise führen werden.

Auf dieser Tabelle (7) findet sich aber auch noch der letzte dieser Abschlüsse vom Oktober 1973, der mir für die Beurteilung unseres Themas sozialer Konflikte besonders wichtig zu sein scheint. Es betrifft den geographischen Raum, in dem wir uns hier befinden, nämlich das Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden. Hier gab es zum ersten Mal einen Arbeitskampf, der sich nicht direkt auf die Erhöhung von Löhnen bezog, sondern der eine interessante Neuorientierung der Gewerkschaften manifestiert. Man einigte sich auf einen neuen Lohnrahmen für Leistungslöhne der Akkord-, Prämien-, Lohn- und Fliesbandarbeiter, und dieser neue Lohnrahmen sieht vor, daß der Akkordverdienst nicht mehr in Höhe von 100 % gesichert ist, wie das traditionell war, sondern in Höhe von 125 % des Tariflohnrichtsatzes. Wenn also aus von den Arbeitnehmern nicht zu vertretenden Gründen die Akkordleistung nicht erfüllt werden kann, erhalten sie nicht 100 % sondern 125 % des Tariflohnsatzes als garantiertes Mindestlohneinkommen. Weiterhin wurde durchgesetzt eine bezahlte Grunderholungszeit von 5 Minuten pro Stunde je Leistungslöhner und schliesslich ein Verdienst- und Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer. Für die Arbeitnehmer im jungen Alter, zwischen 20 bis 30 Jahren, hat dieser Abschluss so gut wie keine Lohnfolgen, weil sie es ohnehin sind, die immer an der Spitze der Akkordarbeiter liegen. Für sie hat auch der Verdienst- und Kündigungsschutz keine grosse Bedeutung. Aber gerade für diejenigen Arbeitnehmer, die nicht mehr an der Spitze der Leistungsskala liegen, hat dieser Tarifabschluss eine entscheidende Bedeutung. Und über diesen lokalen Raum hinaus ist dieser Arbeitskampf und dieser Tarifabschluss insofern bedeutend, weil die Gewerkschaften erkannt haben, daß heute ein Zuwachs an Lebensqualität nicht mehr mit den traditionellen Mechanismen der Lohnerhöhung zu erreichen ist, sondern daß er in einer Veränderung der Arbeitsbedingungen liegen muß, in einer Verbesserung der sozialen Position der Arbeitnehmer. Und ich glaube, daß die Gewerkschaften wirklich gut tun, diese Politik weiter zu verfolgen.

Zum Schluß möchte ich noch auf einen Punkt eingehen - ich habe viele andere Fragen ausgelassen - zur Frage der wilden Streiks. Herr von Beyme hat gestern Zahlen genannt, die besagen, daß in der Bundesrepublik das Verhältnis der gesetzlichen zu den wilden Streiks 45 % zu 55 % beträgt. Er hat daraus die Konsequenz geschlossen, daß die Gewerkschaften die Erwartungen ihrer Mitglieder nicht mehr voll befriedigen, was sich darin zeige, daß prozentual weniger gewerkschaftlich als von den Arbeitnehmern selbst organisierte Streiks stattfinden. Diese Schlußfolgerung erscheint mir etwas zu kurzfristig, denn sie berücksichtigt nicht die spezifische Ausgestaltung des deutschen Arbeitsrechts. Nach dem deutschen

Arbeitsrecht besteht eine absolute Friedenspflicht der Gewerkschaften als Vertragspartner, als Tarifpartei, und des Betriebsrates als Mitbestimmungsinstitution. Es gab 1955 einen Streik in Schleswig-Holstein, da haben die Gewerkschaften, die für die Laufzeit der Tarifverträge an die Friedenspflicht gebunden sind, aus verständlichen Gründen einen Streik organisiert und wurden dann von Gerichten zu hohen Schadensersatzforderungen und Schadensersatzzahlungen verurteilt und seit jener Zeit halten sich die Gewerkschaften zurück. Was aber tatsächlich stattfindet ist eine Art von Doppelspiel mit verteilten Rollen. Die Gewerkschaften sagen häufig ihren Arbeitnehmern, wir als Tarifpartei können während der Laufzeit der Verträge keinen Streik organisieren, aber ihr könnt das tun und wir gewähren euch Rechtsschutz und wir werden euch unterstützen. Und meistens, das war auch in diesem Jahr wieder der Fall, als die Arbeitnehmer in den Betrieben ihre Inflationszulagen erstreikten und erkämpften, meistens kommen dadurch die Gewerkschaften und die Betriebsräte in die für sie angenehme Position des Schlichters zwischen den Unternehmern und den wilden Streikern. Eine wesentliche Komponente der wilden Streiks ist die Tatsache, daß rechtlich die Gewerkschaften für die Laufzeit der Verträge an diese gebunden sind, daß aber dann, wenn eine außergewöhnliche Entwicklung eintritt, sie faktisch durch ihre Mitglieder diese Streiks doch durchführen können. Also faktisch sind diese wilden Streiks zu einem großen Teil (nicht immer, es gibt auch Situationen, in denen die Gewerkschaften schlafen) praktisch Streiks, die die Gewerkschaften nicht offiziell führen dürfen. Insofern, glaube ich, kann man nicht unbedingt sagen, daß die Gewerkschaften in dieser Beziehung unter einem starken Druck der Mitglieder stehen. Sie stehen allerdings im Moment unter einem starken Druck der Mitglieder, um zu einem Ausgleich der inflationsbedingten Einkommensminderung zu kommen. Für die gegenwärtige Situation, die gekennzeichnet ist durch eine weitere Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums und durch die Energiekrise, glaube ich aber, daß solche Lohnforderungen den kurzfristigen Interessen der Arbeitnehmer weniger entsprechen werden, als ein Fortsetzen der Politik, wie sie die IG-Metall hier eingeleitet hatte, nämlich eine Fortsetzung der Politik der Verbesserung, der Humanisierung der Arbeitswelt. Und zusammen mit der Durchsetzung der Mitbestimmungsforderung und zusammen mit Konzepten der sozialen Sicherung ergibt sich hier ein Ansatzpunkt, daß all die kritischen Impulse, die wir in den letzten 10 Jahren in der Bundesrepublik gehabt haben, wirklich umgesetzt werden können in eine reale Reform unserer Gesellschaft.

- (1) Jörg HUFFSCHMIDT: Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1972, 184 S. (edition suhrkamp 313)
- (2) Helmut ARNDT: Die Konzentration in der westdeutschen Wirtschaft. - Pfullingen: Neske 1966, 91 S.
- (3) Hans Otto LENEL: Ursachen der Konzentration, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse. - Tübingen: Mohr, 2.Aufl.1968, 452 S.
- (4) A time to ask questions. A survey of West Germany. - Economist December 1, 1973 (54 pp.), p.32 (survey). (siehe Anhang)
- (5) Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung . - Bundestag Drucksache 7/1273 vom 22.11.1973, S. 46 - 49.
- (6) ebenda, S. 46 (siehe Anhang)
- (7) ebenda, S. 49. (siehe Anhang)

Too sweet smell of success

Nothing fails like success. The argument of this economic part of the survey is that as a result of its success Germany is now up against economic choices which it cannot much longer avoid. Choices mean change, and change is generally distrusted. Much of the change now confronting Germany is either the bastard child of those left-wing eruptions described earlier, or else calls in question the very virtues which have inspired Germany's economic success.

German industry is mighty at home, but it is made mighty by its success abroad. The problem, if that is the right word, is exports. Comparison with Japan is hard to avoid. In Japan success, too much of it, revealed Japan's protectionism as something which must be changed. In Germany the pursuit of export markets has pushed too much investment into capital goods. One result has been an industrially top-heavy economy by comparison with others (see top chart), making many German exporters into quasi-monopolists.

This created the extraordinary situation this year that each time Germany revalued its currency in order to bring the rate of domestic inflation down, its exporters were simply able to raise prices abroad so giving imported inflation another twist. Their ability to let their prices abroad rise in time with revaluations meant they could meet wage demands at home, and they apparently inspired their foreign competitors to follow suit inside Germany and out as well. There is also the inconvenient fact that the farm minister, Herr Ertl, has so manipulated the EEC farm policy that, when Germany revalues, imported food prices are not allowed to fall as they should do.

Solutions do not occur easily. It is now accepted form to say, for example, that cheap migrant workers should be discouraged from coming and that German capital should be invested abroad by German companies in an effort to take German factories to foreign workers rather than bringing yet more foreign workers into German factories. The Germans, in other words, have to follow the example of the Swiss. But when it comes to acting along these lines German companies are slow. The government bleats like a goat when anyone suggests that it pay (for instance through the EEC regional fund) to entice German investment abroad. Despite a battery of new government disincentives, the migrant workers keep on coming in. And everyone worries about how investment abroad would menace

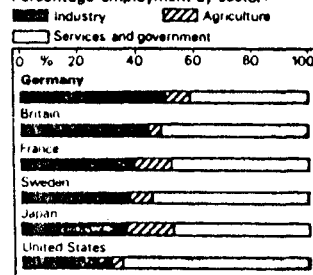
the already endangered compact between unions and management.

Germany's trade surplus has somehow got itself onto a treadmill which it is next to impossible to get off. Whenever it flourishes, the surplus is generally deplored as a disruptive influence in world trade: yet the fact is that it now pays for an array of German bills which other countries insist on being paid. How many countries now depend on German tourists: how many Mediterranean mums and dads now wait for the money which Hassan sends back from Dortmund every month: how many common market and North Atlantic alliance countries now look to Germany to pick up the tab: how many Russian and east European business planners now come to Bonn for their credits?

Only two or three years ago what are fast being seen today as Germany's economic vices were then regarded as enviable virtues. Germany invested and exported, praise be to it. It attracted capital as Britain wished it could do. It provided jobs for poor people from the

Industry hogs the labour force

Percentage employment by sector —



Source: OECD economic survey of Germany

south of Europe and the Arab world. It was and remains, in short, Europe's economic magnet, drawing in resources as America and Britain once did in their salad days. Now the air has changed. The main economic question for any European today is how to demagnetise the economy of west Germany.

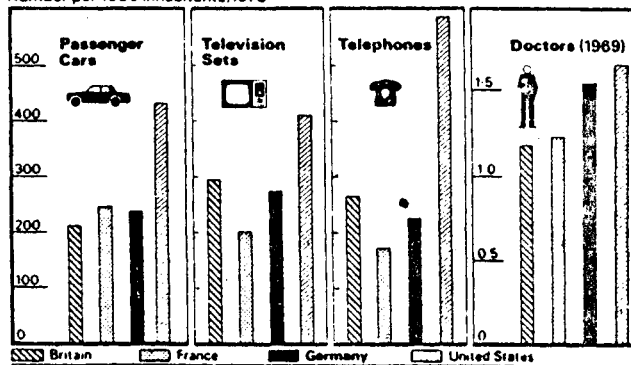
An awful lot of everything

Let us first establish what that magnetism, the German superiority in things economic, is about. There is a beguiling temptation for economic journalists to lay out a list of figures for gross national product per head, to slip in a few pretty diagrams and, hey presto, the case is proved. The traps in this easy way out are illustrated in our charts.

The whole hallowed method of comparing wealth per head in dollars or any other individual currency has been rendered less useful, if not actively misleading, by the ups-and-downs of currency values. Until two years ago every comparison showed German income per head still a long way back from America's, and not so far in front of France's

Appearances don't tell the whole story

Number per 1000 inhabitants, 1970



Source: OECD

Zu Anmerkung (5) und (6):

Drucksache 7/1273

Deutscher Bundestag — 7. Wahlperiode

Tabelle 13

Übersicht einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse

Monat		Anzahl der Begünstigten	
1972			
Oktober	Konzertierte Aktion		Die Gesprächspartner stimmen darin überein, daß sich die westdeutsche Wirtschaft in der Anfangsphase eines verhaltenen Konjunkturaufschwungs befindet; die Bekämpfung des Preisauftriebs bilde gegenwärtig die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik.
1973			
Januar	Rentenversicherung		Der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung wird ab 1. Januar 1973 von 17 vH auf 18 vH erhöht; die Beitragbemessungsgrenze wird von 2 100 DM auf 2 300 DM angehoben.
	Unfallversicherung		Ab 1. Januar 1973 werden die Unfallrenten um 11,9 vH erhöht.
	Kriegsopferversorgung		Die Geldleistungen werden mit Wirkung vom 1. Januar 1973 um 9,5 vH angehoben.
	Eisen- und Stahlindustrie	290 000	Die Tarifpartner einigen sich auf eine Erhöhung der Tariflöhne um 0,46 DM je Stunde und der Tarifgehälter um 8,5 vH; für den tariflosen Monat Dezember 1972 werden pauschal 100 DM brutto gezahlt.
	Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	1 820 000	Tariflich vereinbart werden Lohn- und Gehaltserhöhung um 6 vH zuzüglich eines Sockelbetrages von monatlich 40 DM.
	Metallindustrie	4 230 000	Die Vereinbarungen sehen für die meisten Tarifbereiche tarifliche Lohn- und Gehaltserhöhungen um 8,5 vH sowie zusätzliche Anhebungen in den unteren Lohngruppen vor. In Südwürttemberg/Hohenzollern und in Südbaden werden die Löhne um 9,4 vH erhöht.
	Papier- und pappeverarbeitende Industrie, Kunststoffverarbeitende Industrie	130 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden um 8,8 vH erhöht und das Urlaubsgeld von 35 vH auf 40 vH eines Monateinkommens angehoben.
	Lederwaren- und Schuhindustrie	110 000	Lohnerhöhungen um 8 vH bis 8,5 vH werden tariflich vereinbart.
	Holzverarbeitende Industrie	210 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden um 8,5 vH bis 10 vH angehoben; in einigen Tarifbereichen wird ein längerer Urlaub vereinbart und das Urlaubsgeld erhöht.
	Textil- und Bekleidungsindustrie	800 000	Vermögenswirksame Leistungen von monatlich 26 DM werden ab 1. Januar 1973 vereinbart (Bundesgebiet ohne Saarland).
	Groß- und Außenhandel sowie Einzelhandel	1 070 000	In einigen Tarifbereichen werden das Urlaubsgeld erhöht und die Urlaubsdauer verlängert.
Februar	Konzertierte Aktion		In der Aussprache über die Wirtschaftslage stellten die Beteiligten fest, daß sich die konjunkturellen Auftriebskräfte in der Bundesrepublik seit dem Herbst

Zu Anmerkung (7):

Deutscher Bundestag — 7. Wahlperiode

Drucksache 7/1273

noch Tabelle 13

Monat		Anzahl der Begünstigten	
1973			
Juli	Steinkohlenbergbau	230 000	<p>Pauschalzahlung von 280 DM, die in vier Monatsraten von jeweils 70 DM ausgezahlt wird.</p> <p>Die Tariflöhne und -gehälter werden ab 1. August 1973 um 9,6 vH erhöht; für den tariflosen Monat Juli wird eine Zahlung von 105 DM brutto geleistet. Das Weihnachtsgeld wird 1973 um 175 DM auf 675 DM angehoben.</p>
September	Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	1 820 000	Das Weihnachtsgeld wird von bisher 66 $\frac{2}{3}$ vH auf 100 vH eines Monateinkommens erhöht.
Oktober	Metallindustrie		<p>Nach einem kurzen Arbeitskampf in der Metallindustrie von Nordwürttemberg/Nordbaden einigen sich die Tarifpartner auf einen neuen Lohnrahmen für Leistungslöhne der Akkord-, Prämienlohn- und Einbandarbeiter sowie auf einen neuen Manteltarifvertrag. Unter anderem ist vorgesehen, eine Akkordverdienstsicherung von 125 vH des Tariflohnrichtsatzes im Betriebsdurchschnitt (ab 1976: 130 vH) sowie die Einräumung einer Grunderholungszeit von fünf Minuten je Stunde für alle Leistungslöhner. Hinzu kommt ein nach Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit gestaffelter Verdienst- und Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer.</p>

Diskussion zum Thema

Hans Gerd Nutzinger: "NEUE FORMEN SOZIALER KONFLIKTE IN DER BUNDES-
REPUBLIK"

I. DIE FRAGE NACH DEM TYPISCH DEUTSCHEN KONFLIKT

1. Diamant: Was mir beim Referat von Herrn von Beyme und auch jetzt wieder Sorge macht, ist das folgende: Wenn man sich das Problem in der Form der logischen Argumentation anschaut, dann muss man zwischen notwendigen und hinreichenden Bedingungen unterscheiden. Aber es scheint mir, daß man das, was bis jetzt vorgetragen wurde, zwar als notwendig zur Erklärung der politischen Konflikte in der Bundesrepublik Deutschland ansehen kann, nicht aber als hinreichend - in dem Sinne, dass sich diese Bedingungen in fast allen Industrieländern vorfinden, dass die Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und anderen Industrieländern nicht gross genug sind, um die Form des Konflikts in der Bundesrepublik von Konflikten in anderen Ländern zu unterscheiden. Ich bin daher ein wenig besorgt, dass dieser ökonomische Ansatz, den wir gestern und heute hatten, kulturelle und soziale Ansätze im weiteren Sinne und psychologische Ansätze fast ganz beiseite lässt. Ich finde, daß man vielleicht dort nach den hinreichenden Bedingungen des Konflikts in der Bundesrepublik Deutschland suchen muss. Die ökonomischen Bedingungen sind sicher notwendig, sie sind aber vielleicht nicht hinreichend.

II. DER INSTITUTIONALISIERTE KONFLIKTMitbestimmung und Sozialpartnerschaft

2. Nutzinger: Ein wichtiger historischer Gesichtspunkt ist in diesem Zusammenhang die spezielle, sozusagen deutsche Form, nicht zu lieben, sondern Konflikte auszutragen. Dies hat eine lange Geschichte. Nehmen wir als Beispiel die Mitbestimmung: Mitbestimmungsgedanken finden Sie in Deutschland, in der Paulskirche, zur selben Zeit, 1848, während in Frankreich die Revolution tobt und die Sozialisten glauben, der Sozialismus wäre schon gekommen. Die Geschichte der Mitbestimmung ist ein ganz typisch deutsches Spezifikum, nämlich die deutsche Art, Konflikte auszutragen, indem man sie institutionalisiert, indem man sie sozusagen konstitutionalisiert und indem man Rechte mit bestimmten Pflichten verbindet. Diese Mitbestimmungsdiskussion und auch die Mitbestimmungspraxis ist für die deutsche Situation ganz typisch und zwar seit 120 Jahren. Neu ist, dass diese Institutionalisierung und Konstitutionalisierung von Konflikten teilweise ihre Integrationskraft verloren hat, dass heute ein Teil, wenn auch ein verschwindend kleiner Teil, der Arbeiter sich von einer Ausweitung der Mitbestimmung nicht mehr viel verspricht.

3. Tilford: Das hat aber nicht dazu geführt, dass Sie z.B. Bedenken haben, den Ausdruck "Sozialpartner" zu benutzen. Sie selbst benutzen diesen Ausdruck ganz selbstverständlich.

4. Nutzinger: Das besagt aber nichts, das ist "just a name". Nehmen Sie z.B. die "Gewerkschaftlichen Monatshefte", das theoretische Organ der Gewerkschaften; da steht auf der Titelseite ein Spruch von Böckler: danach sollen Vertreter der "Sozialpartner" zu Wort kommen. Da kommt auch manchmal ein Vertreter des Sozialpartners zu Wort, was aber über den Sozialpartner gesagt wird, das ist nicht das, was man zu einem Partner sonst sagen würde, höchstens nachdem man sich mit ihm verkracht hat. Ich meine, man sollte dieser Bezeichnung nicht allzuviel Gewicht beimessen.

5. Hartweg: Ist man in Deutschland mit den institutionalisierten Konflikten nicht ein bisschen am Ende der Weisheit? Gestern hat Herr von Beyme gesagt, dass die Unternehmer wegen des Arbeitskräftemangels nicht gerne bereit sind, vor die Gerichte zu gehen. Stimmt das und wird das auch weiter so sein? Und sehen Sie da einen Ausweg?

Ich sehe da ein spezifisches Element der deutschen Entwicklung im Vergleich zu Frankreich vor allem, aber auch natürlich Italien. Wird das weiter so andauern, wird das noch ausgebaut werden oder hat das ausfunktioniert und muss man etwas Neues finden? Die Situation, wie Sie sie jetzt beschreiben, ist doch so, dass die Gewerkschaften praktisch lahmgelegt sind, nur Rechtshilfe - ich weiss, dass das in Deutschland sehr wichtig ist - aber immerhin doch nur Flankenschutz geben können, im grossen und ganzen jedoch nicht mehr die Initiatoren sind. Ich habe den Eindruck, man ist da ein wenig in einer Sackgasse.

6. Nutzinger: Es ist sicher richtig, dass die institutionalisierte Konfliktregelung nicht mehr so gut klappt wie früher, aber doch noch weitgehend klappt. Ich kann das jetzt nicht im einzelnen belegen, ich habe das nicht untersucht, aber bisher arbeiten diese Institutionen ganz gut und bisher klappt diese Rollenverteilung ganz gut. Das Problem scheint mir eher zu sein, dass es Differenzierungen innerhalb der Arbeitskräfte gibt, dass die Betriebsräte und die Gewerkschaften nicht mehr ungebrochen die Interessenvertretung der Gesamtarbeiterschaft übernehmen können. Die Gewerkschaft rekrutiert sich eben vorwiegend aus nur einem Teil der Arbeitskräfte, meistens den besser ausgebildeten, den Leuten, die eine bessere Stellung im Produktionsprozess haben. Ich glaube, die institutionelle Krise beruht wesentlich darauf, dass Randgruppen der Arbeiterschaft, etwa die ausländischen Arbeitnehmer, etwa die Heimarbeiter, etwa die weiblichen Arbeitnehmer nicht in diese Institution integriert sind, und dass diese ihre Interessen teilweise gegen den Gewerkschaftsapparat geltend machen müssen. Das hängt unter anderem mit der personellen Identität von einer Stellung zusammen, die jemand im Produktionsprozess hat, also gerade bei den Vertrauensleuten und Betriebsräten, und dass diese Leute häufig in doppelter Funktion Vorgesetzte sind. Man merkt das dann daran, dass bei den Arbeitern häufig von den "Bonzen" geredet wird. Unter "Bonzen" versteht man dabei genau die Leute, die die Arbeiterschaft nicht mehr voll repräsentieren.

7. Hartweg: Wenn ich Sie recht verstanden habe, würde das bedeuten, dass Sie davon ausgehen, dass die ganze Institution noch arbeitsfähig ist. Man müsste sie natürlich etwas verfeinern, etwas anpassen, andere Gruppen hereinnehmen, die bisher unterrepräsentiert sind und gewisse Mängel abschaffen, im grossen ganzen der Apparat aber noch funktionsfähig ist.

8. Nutzinger: Wenn die paritätische Mitbestimmung durchkommt, dann wird das dem institutionellen Rahmen einer neuen Vertrauens- kredit geben. Ob der lange vorhält, ist eine andere Frage.

9. Marianelli: A propos Konstitutionalisierung: wenn ein Kind krank ist oder wird - die Tatsache, dass es getauft worden ist, bedeutet nichts. Dass schon vor 150 Jahren diese Frage der Mitbestimmung konstitutionalisiert wurde, bedeutet fast nichts, beinahe das Gegenteil. Das sind also nicht Symptome einer Krise, sie können eine solche Krise nicht sozusagen verursachen. Wenn aber eine Krise, oder die Krise kommt, dann kann alles platzen.

10. Nutzinger: Ich glaube, Sie vergessen eines bei dem Vergleich mit der Taufe, dass nämlich die Kirche, oder in diesem Fall die Mitbestimmung auch zur materiellen Gewalt werden kann. Nehmen Sie die Geschichte der deutschen Novemberrevolution von 1918. Wohin haben sich damals die Arbeiter- und Schichtenräte entwickelt? Zum Betriebsrätegesetz von 1921. Dort wurden sie integriert und konnten sie integriert werden, weil es bereits im ersten Weltkrieg, von den Militärs forciert, solche Mitbestimmungskommissionen gab. Natürlich, das Interesse der Militärs bestand nicht darin, dass die Arbeiter jetzt mehr Rechte haben sollten, sondern es bestand darin, dass die Produktion reibungslos lief und deswegen hat man es damals institutionalisiert. Aber da hat sich gezeigt, dass es mehr ist als eine Taufe, denn es hat eine integrative Funktion bewiesen. Es wäre niemals möglich gewesen, die Rätebewegung in Deutschland auf dieses Gleis abzuschleiben, wenn es dieses Gleis nicht vorher schon gegeben hätte. Und so ähnlich ist es mit der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die ganzen Energien der sozialen Veränderung haben sich in Deutschland auf Betriebsverfassungsgesetz, Montan-Mitbestimmungsgesetz geworfen. Ich glaube daher, dass Ihr Vergleich nicht ganz stimmt, weil das deutsche Institutionensystem schon sehr nachhaltig davon geprägt ist. Es ist natürlich klar, wenn die Wirtschaft einen fundamentalen Konflikt hat, dann werden auch diese Institutionen nichts mehr nützen.

11. Tilford: Wenn man Untersuchungen zur Wirkung der Mitbestimmung liest, dann bekommt man den Eindruck, dass die Mitbestimmung bei den Arbeitern ihr Ziel verfehlt hat. Die Arbeiter sind nicht der Meinung, dass sie jetzt einen Anteil an der Führung des Betriebes haben. Sie fühlen sich genauso von der Führung der Arbeitnehmer, von dem Betriebsrat entfremdet wie früher. Auch wenn man Romane von Max von der Grün liest, bekommt man nicht den Eindruck, dass die Mitbestimmung für die Arbeiter etwas Bedeutendes erreicht hätte.

12. Nutzinger: So würde ich das nicht sagen. Aber die Arbeiter sind realistisch. Sie wissen, dass diese Mitbestimmungsorganisationen für den einzelnen sehr wenig erreichen. Die Frage ist, was Sie mit Mitbestimmung verbinden. Wenn Sie es unter dem Gesichtspunkt des Krisenmanagements sehen, dann ist das bis jetzt eine erfolgreiche Institution gewesen. Wenn Sie es unter dem Aspekt der sozialen Veränderung sehen, dann war sie bis jetzt relativ wirkungslos. Meine Vermutung, oder meine Hoffnung ist, dass eine Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf die gesamte Wirtschaft eine Art von qualitativem Umschlag geopen wird. Das Betriebsverfassungsgesetz hat den Arbeitern relativ wenig Rechte gegeben. Und die Montanmitbestimmung war beschränkt auf eine Industrie, die zudem noch eine abnehmende Tendenz hatte, d.h. das war keine Wachstumsindustrie. Da diese Industrie tendenziell auf einem absteigenden Ast war, konnte sich die Mitbestimmung schon von daher nicht richtig auswirken.

13. Lasserre: Finden Sie nicht, dass eine erweiterte Mitbestimmung den Integrationsprozess der Gewerkschaften verstärken würde und sich damit die Kluft zwischen Gewerkschaften und Mitgliedern weiter vergrößern könnte?

14. Nutzinger: Die Gewerkschaften sind ja voll integriert. Es gibt, glaube ich keine, wenigstens keine bedeutenden Gewerkschaften, die so sehr Teil des öffentlichen Lebens wären, wie das die deutschen Gewerkschaften sind. Die Gewerkschaften haben das auch theoretisch reflektiert. Sie sagen, wir gehen den integrativen Weg.

Wenn irgendwelche Entscheidungen fallen, dann müssen sie unter Hinzuziehung der Gewerkschaften fallen. Die englischen und die französischen Gewerkschaften verfahren umgekehrt. Sie sagen: gut, Ihr Unternehmer fällt eure Entscheidung und wir reagieren darauf.

15. Munro: Wieso sagen Sie dann, dass "Sozialpartner" ein Leerbegriff ist?
16. Nutzinger: Der Begriff der "Sozialpartner" bezieht sich nicht auf die Ebene der Mitbestimmung, sondern auf die Ebene des Tarifkonflikts. Und der Tarifkonflikt ist relativ unabhängig von den Mitbestimmungsregelungen.
17. Tilford: Der Ausdruck "Sozialpartner" und der Ausdruck "Mitbestimmung" sind doch bezeichnend für die Art, in der Konflikte ausgetragen werden. Ich meine nicht, dass man behaupten kann, dieser Begriff "Sozialpartnerschaft" bedeute nichts. Er hat so glaube ich, wenigstens ein bisschen Symbolcharakter. Deswegen braucht man die Ideologie der Sozialpartnerschaft nicht zu teilen. Aber überhaupt die Benützung solcher Ausdrücke scheint mir bezeichnend zu sein für die Einstellung zu sozialen Konflikten.
18. Wellershoff: Man kann diesen Begriff doch auch so interpretieren, dass damit ein Recht, ein Anspruch formuliert wird, an diesen Dingen teilzunehmen. Darin ist doch nicht nur eine Unterwerfungserklärung enthalten.

III. DER NICHT-INSTITUTIONALISIERTE KONFLIKT

Wilde Streiks und die Rolle der Gewerkschaften

19. Luset: In der Analyse von Herrn von Beyme war es ganz merkwürdig, zu hören, dass nicht die unteren und die oberen Schichten der Arbeiter Urheber der wilden Streiks gewesen sind, sondern die mittleren Schichten der Arbeiter. Als bei uns in Frankreich die ersten wilden Streiks stattgefunden haben - schon vor einigen Jahren in Le Mans bei Renault - da waren es die untersten Schichten der Arbeiter, die sogenannten OS, die diese wilden Streiks gemacht haben. Und das war gegen die Gewerkschaften genausogut wie gegen die Arbeitgeber gerichtet und das scheint mir sehr bemerkenswert zu sein. Das zweite ist, dass schon vor Jahren in Le Mans die Arbeitsbedingungen in diesen Streiks eine sehr viel grössere Rolle spielten als die Lohnforderungen. Das sind die zwei Dinge, die mir aufgefallen sind. Die späteren Streiks hatten dieselben Merkmale und dazu sind natürlich auch die Gastarbeiter gekommen. Aber die Streiks richteten sich nicht gegen ihre Kameraden, sondern auch gegen die Gewerkschaften. Es scheint mir also, als ob es wenigstens latent eine Revolte der Massen gegen die Apparate der Gewerkschaften ist und das scheint mir ganz interessant für unsere modernen Gesellschaften, wo die Herrschaft der Apparate in jeder Beziehung immer erdrückender wird. Dass die Individuen dagegen rebellieren, scheint mir etwas Neues und etwas von grossen, möglichen Konsequenzen zu enthalten.

20. Nutzinger: Die wilden Streiks in Deutschland sind von Anlass zu Anlass verschieden. Die letzten wilden Streiks wurden vorwiegend von den Unterrepräsentierten getragen, von der untersten Schicht; das waren die Müllwerker, das waren die Hilfsarbeiter bei Ford, das waren gerade die Leute, die typischerweise in den Mitbestimmungsorganen unterrepräsentiert sind. Sehen Sie sich z.B. das System bei Ford an: Die Vorarbeiter sind häufig auch gleichzeitig im Betriebsrat. Sie sind daher in doppelter Funktion, als Angehörige des Betriebsrates von der Mitbestimmungsebene her, wie auch im Arbeitsprozess als Vorarbeiter, die Vorgesetzten dieser Kulis. Und diese Revolte zeigte in gewissem Sinne Repräsentanzprobleme in den Mitbestimmungsinstitutionen.

Aber es gibt z.B. die Streiks von 1969. Die stammten vorwiegend von der Ebene der Facharbeiter, die besonders hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad haben und die häufig die Vertrauensleute sind und so etwas schnell organisieren können.

Was Sie über die Rolle der Gewerkschaften sagten, würde ich für Deutschland nicht bestätigen. Ich habe versucht klarzumachen, dass es in Deutschland diesen Widerspruch nicht so sehr gibt. Er beruht mehr auf einer Rollenverteilung. Wenn Sie mit den Gewerkschaften und teilweise auch mit Nichtgewerkschaftlern sprechen, werden Sie sehen, daß das ganz gut klappt. Das geht teilweise augenzwinkernd: macht ihr den Streik, wir geben euch Rechtsschutz.

IV. KONFLIKTGRUPPEN

21. Wellershoff: Nach Ihrem Referat müsste man annehmen, dass die eigentliche Konfliktmasse, Konfliktgruppe die Arbeiter seien. Aber ich sehe, die Konfliktgruppen sind die Intellektuellen, die Studenten usw. Die irritierten Gruppen und die deklassierten Gruppen haben Sie z.B. sicher bei den Intellektuellen, bzw. bei den Teilen der Studenten, die unsichere Berufsperspektiven haben, nicht bei den Medizinstudenten und Juristen, sondern bei den Soziologen usw.

22. Nutzinger: Ich glaube, die Konfliktgruppe bei mir waren nicht die Arbeiter. Was ich zu zeigen versuchte ist, dass zum erstenmal, etwa in den letzten beiden Jahren, die Arbeiter zu den Trägern des Konflikts werden. Die Vorhut, das waren meiner Meinung nach die Intellektuellen; das habe ich vielleicht nicht ganz deutlich gemacht. Aber ich glaube, dass sich das in die Arbeiterschaft übertragen hat. Das liegt daran, dass die Differenzierung der Arbeiterschaft, insbesondere mit dem Problem der Gastarbeiter, dazu führt, dass wir Randgruppenprobleme innerhalb der Arbeiterschaft haben. Auch das ist ein relativ neues Problem. Nehmen Sie diesen berühmten Streik bei Ford: da gab es ja einen Konflikt gerade innerhalb dieser sogenannten Arbeiterklasse, als die türkischen Kulis gegen ihre deutschen Vorarbeiter revoltiert haben.

23. Wellershoff: Lohnkämpfe sind etwas ganz normales, die gefährden den Bestand der Gesellschaft überhaupt nicht. Die Intellektuellen haben aber ganz andere Konzepte von der Gesellschaft, Fundamentalkritik usw. Die Arbeiter dagegen wollen am Wirtschaftsprozess teilnehmen, darum geht es, weitere Perspektiven haben sie doch gar nicht.

24. Nutzinger: Nur, das Bekenntnis zu unserer Wirtschaftsordnung ist eben davon abhängig, dass diese Wirtschaftsordnung den normalen Lohnzuwachs liefert. Und das Neue an der Situation ist, dass wir das für 1974 nicht erwarten können und das ist, so glaube ich, eine entscheidende neue Konfliktmanifestation.
25. Wellershoff: Mich interessiert, wie sich das Lohnverhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten oder Arbeitern und akademischen Berufen verändert hat. Sind die Unterschiede verwischt oder sind sie vergrößert worden?
26. Nutzinger: Darüber gibt es, glaube ich, kein verlässliches Zahlenmaterial. Aber was man so als Stimmung kennt ist, dass diese Unterschiede eher abgenommen haben, insbesondere für die Gruppe der Facharbeiter. Die Facharbeiter haben in einigen Bereichen die Angestellten und die Beamten überflügelt.
27. Wellershoff: Man hört manchmal ganz phantastische Dinge. Ich habe einen Arbeiter getroffen, der war Fachmann für Verblendung von Gebäuden und er sagte, er komme auf über 4.000,-- DM im Monat im Akkord.
28. Nutzinger: Das gibt es einmal für Berufe, die eine relativ spezialisierte Ausbildung erfordern, als auch auf Grund kurzfristiger Knappheit. Aber die langfristige Tendenz die wir haben ist, dass die Entlohnung nicht mehr nur an die Entleistung gebunden wird, sondern dass sie zum Teil eine Kompensation für unangenehme Arbeitsbedingungen ist. Heute wird häufig schon so die Wahl getroffen, dass man bereit ist, auf eine gewisse Entlohnung zu verzichten, wenn man nicht dreckige Arbeit machen muss.
29. Wellershoff: Das gilt für Verlagsangestellte. Man sagt, das ist eine angenehme Arbeit, da brauchst du nicht so viel Geld.
30. Nutzinger: Ja, aber teilweise wird das schon bei der Berufswahl berücksichtigt. Die Tatsache, dass man als Angestellter den weissen und nicht den blauen Kittel trägt, führt tatsächlich dazu, dass man solche Berufe wählt, und führt auch dazu, daß wir gerade für diese Bereiche Gastarbeiter brauchen, weil wir nicht bereit sind, das zu machen.
31. Diamant: Diese Tendenz ist nicht nur auf die Bundesrepublik begrenzt. In Amerika, um nur ein Beispiel zu geben, werden die Fahrer der schweren Lastkraftwagen auf langen Strecken viel besser bezahlt als Assistenzprofessoren. Aber sonst ist Amerika vielleicht nicht so charakteristisch, weil wir schon immer nicht so sehr eine Klassengesellschaft gewesen sind, im Sinne von Marx, sondern eine "Income-Society". Die Stellung richtet sich nach dem Einkommen. Wenn der Kraftfahrer 20.000 \$ im Jahr verdient und der Assistenzprofessor nur 12.000 \$ - das sind so ungefähr die Grössen - dann ist es ganz klar, dass der Kraftfahrer höher gestellt ist als der Assistenzprofessor, weil wir diese sozialen Vorurteile der alten Welt noch nicht importiert haben.
32. Nutzinger: Sie haben eben gesagt, Amerika sei keine Klassengesellschaft im Marx'schen Sinne. Ich würde das schon sagen, weil Marx nicht so sehr auf das Bewusstsein der Leute abhebt, sondern auf ihre objektive Stellung. Und die Stellung eines amerikanischen Arbeiters im Produktionsprozess, seine sozio-ökonomische Stellung unterscheidet sich nicht wesentlich (von der seines europäischen Kollegen). Was sich unterscheidet, das ist seine Entlohnung und sein Bewusstsein, das er von seiner Stellung hat. Ich glaube, das wird der zentrale Unterschied sein.

V. DURCHSETZUNGSVERMÖGEN VON GRUPPEN

(Schriftsteller - Drucker - Heimarbeiter - Verbraucher)

33. Wellershoff: Mir ist noch deutlich geworden, dass in den Regulationsmechanismen unserer Gesellschaft nur diejenigen Gruppen eine Chance haben, am wirtschaftlichen Prozess beteiligt zu werden, die relevant sind, die, wenn sie unzufrieden sind, die ganze Gesellschaft gefährden können. Dagegen sind die Schriftsteller eine völlig belanglose Gruppe und daher ist bei ihnen ein fortschreitender Deklassierungsprozess im Gange. Wie ich es sehe, besteht da ein völliger Widerspruch. Ich habe das einmal in Gewerkschaftsversammlungen formuliert, was volle Entrüstung hervorgerufen hat, weil da Solidarität proklamiert werden sollte zwischen Schriftstellern und Druckern. Es ist eindeutig, dass die Drucker mächtig genug sind, um am Lohnfortschritt teilzunehmen. Das wirkt sich so aus, dass jüngere, unbekannte Autoren keine Chance haben, gedruckt zu werden. Da die Herstellungskosten so steigen, daß man nur noch hohe Auflagen riskieren kann, wenn sie rentabel sein sollen, fällt das einfach aus. In der Vorstellung der Schriftsteller und der Gewerkschaften sollte doch eine Solidarität der Interessen formuliert werden.
Ich will mal ein Beispiel für das Selbstbewusstsein anführen. Im Kursbuch 15 hat der Michel die Frage gestellt: Was würde passieren, wenn man 300 freischwebende Intellektuelle exekutieren würde? Es würde überhaupt nichts passieren in der Gesellschaft. So ist die Vorstellung, weil man sie nicht braucht.

34. Nutzinger: Ich würde das so nicht sagen: es ist nicht so sehr die Frage, was jemand für die Gesellschaft beiträgt, sondern wie er sich durchsetzen kann; denn der Beitrag eines Schriftstellers oder eines Künstlers zur Gesellschaft ist zweifellos sehr gross und sehr wichtig. Die Frage ist effektiv, wie man Interessen organisieren kann.
Ich habe gestern schon gesagt, sozio-ökonomisch sind die Schriftsteller oder die Künstler häufig Heimarbeiter. Sie sind zwar rechtlich kleine Unternehmer, aber tatsächlich arbeiten sie für die grossen Distributionsapparate. Eine andere Gruppe, die in der bundesrepublikanischen Gesellschaft genauso benachteiligt ist, obwohl sie genauso wichtig ist für das Funktionieren etwa der ökonomischen Strukturen, sind die tatsächlichen Heimarbeiter im Produktionsprozess. Ihre wesentliche Schwäche ist, daß sie schlechter organisierbar sind, dass sie ihren Marktkontrahenten vereinzelt gegenüberstehen. Das hängt auch nicht so sehr mit der geringen Zahl der Schriftsteller zusammen. Die Zahl der Heimarbeiter im Produktionsprozess ist beträchtlich. Aber ich möchte noch eine ganz andere Gruppe ansprechen, nämlich die Gruppe der Konsumenten. Die Gruppe der Konsumenten ist zweifellos die grösste Gruppe, aber gleichzeitig politisch die einflussloseste, einfach deswegen, weil sie so heterogen ist, dass sie sich nicht wirklich organisieren kann.

35. Tilford: Ich habe noch eine weitere Frage zu den Konsumenten als Interessengruppe. In den Vereinigten Staaten hat es Anzeichen dafür gegeben, dass die Konsumenten beginnen, sich als Interessengruppe zu organisieren, Ralph Nader. Sind solche Anzeichen auch in der Bundesrepublik vorhanden?

36. Nutzinger: Doch, das gibt es in der Bundesrepublik. Das gab es eigentlich sogar früher, als es den "Consumerism" in Amerika gab. Nur leidet die deutsche Konsumentenbewegung darunter, daß sie nicht selbständig ist. Zum Teil speist sich diese Verbraucherbe-

wegung aus den Gewerkschaften, aus den Konsumgenossenschaften, den coops, und vertritt insofern teilweise schon wieder Ziele gerade dieser Gruppen. Zum anderen gab es bei uns einmal eine Zeitschrift "DM-test" und die wurde von der Industrie derart mit Prozessen eingedeckt, daß sie schliesslich einging und dann von einer Institution 'Stiftung Warentest' übernommen wurde, die als eine staatliche und bürokratische Institution nicht mehr so aggressiv wirkt. Was in Deutschland fehlt, ist eine relativ selbständige, von den Institutionen oder von den Verbänden relativ unabhängige Bewegung, wie etwa Ralph Naders 'Research group'. Es gibt sie zwar, sie ist aber wieder an Partikularinteressen gebunden.

37. Diamant: Aber nur das ist bei Ihnen möglich, glaube ich. Die deutsche Gesellschaft ist doch in gewissem Sinne noch oder wieder eine korporative Gesellschaft, in der man nur weiterkommen kann, wenn man organisiert und vom Staat anerkannt ist. Naders grosses Verdienst ist, dass er unabhängig ist. Das hat es, so scheint mir, in der Bundesrepublik nie gegeben, einen Freiraum "a free space" für spontane soziale Organisationen. Die Bundesrepublik, wie fast alle europäischen Länder sind mehr oder weniger korporative Gesellschaften geblieben.

VI. DER TERTIÄRE SEKTOR

38. Wellershoff: Ich habe noch eine laienhafte Frage. Sie sagen, eine moderne Wirtschaft ist eine Wirtschaft, in der der tertiäre Sektor wächst. Nun kann ich mir auch vorstellen, dass eine Gesellschaft, die reich ist und mit organisierter Industrie ausgestattet ist, in grossem Masse immer mehr Arbeitskräfte in Konsum von Dienstleistungen dirigiert. Aber weshalb ist denn eine solche Wirtschaft stabiler? Das ist doch eine zusätzliche Belastung. Ist denn der tertiäre Sektor nicht gleichzeitig unproduktiv? Das ist doch eigentlich ein Konsumsektor.

39. Nutzinger: Nein, ein grosser Teil des tertiären Sektors dient ja gar nicht dem unmittelbaren Konsum. Nehmen Sie den Bereich Forschung und Entwicklung. Der ist Deutschland seltsamerweise unterrepräsentiert. Das zeigt sich unter anderem in unserer Patentbilanz mit dem Ausland. Die Bundesrepublik, die sonst überall in der Leistungsbilanz Überschüsse hat, führt gerade auf diesem, für die langfristige Entwicklung wichtigen Gebiet - und das ist ein Dienstleistungssektor - mehr Rechte ein, als sie vergibt. Und das ist ein Umschwung, den wir da haben.